

Können die USA die **Geschichte** anhalten?

Der bekannte US-amerikanische Historiker und Politikwissenschaftler Francis Fukuyama hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den endgültigen Sieg des von den USA vertretenen neoliberalen Systems ausgerufen. Die internationalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben dies als voreilig erwiesen. Offensichtlich sind bei dieser Proklamation gravierende historische Erfahrungen missachtet worden.

Von **Wendelin Ettmayer**



Konstantin Gushcha / Shutterstock

Zusammenbruch der Sowjetunion – Chaos auf den Straßen von Moskau, 21. August 1991

1. Das „Ende der Geschichte“ – eine voreilige These

Als Paul Kennedy 1988 sein Buch „The Rise and Fall of the Great Powers – Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000“ veröffentlichte, hat es viel Aufsehen erregt¹. Er beschreibt, wie die führende Rolle in der Staatenwelt von den Habsburgern auf die Franzosen; und nach den Napoleonischen Kriege auf Großbritannien übergegangen ist. Seine Schlussfolgerung: das Staatensystem ist einem ständigen Wandel unterworfen. Insbesondere nach Kriegen ändern sich die Machtverhältnisse entscheidend. Um diese zu gewinnen, brauchen Großmächte eine starke wirtschaftliche Basis, produktive Kräfte müssen „unproduktive Rüstungsaus-

gaben“ finanzieren können. Dabei ist eines wesentlich: diese Entwicklung kann kein Staat alleine kontrollieren, da immer mehrere Staaten miteinander im Wettbewerb stehen.

Großes Aufsehen hat vor allem die These vom „relativen Niedergang der Vereinigten Staaten“ hervorgerufen. Paul Kennedy stellte fest, dass auch die damalige zweite Supermacht, die Sowjetunion, vor großen Schwierigkeiten stünde, aber der „imperial overstretch“, die Diskrepanz zwischen dem weltweiten Engagement Washingtons und den gegebenen Möglichkeiten, sei bei den USA am größten. Er verglich deren Situation mit jener Spaniens um 1600 und der Großbritanniens um 1900, als nach dem machtpolitischen Höhepunkt jeweils der Niedergang folgte.

¹ Paul Kennedy; *The Rise and Fall of Great Powers*; Unwin Hyman Limited, 1988

Bekanntlich kam es anders. Wenige Jahre nach der Veröffentlichung des Buches brach die Sowjetunion auseinander, die USA wurden die alleinige Supermacht. In diesem „unipolaren Moment“ glaubten neokonservative Theoretiker und außenpolitische Praktiker in Washington, die „amerikanischen Werte“ hätten sich weltweit endgültig durchgesetzt.

Genau diesen Gedanken vertrat Francis Fukuyama 1989 in seinem Artikel „The End of History“²; die Geschichte wäre an ihrem Ende angelangt. Diese Idee war nicht neu, entsprach aber in entscheidender Weise dem Zeitgeist. Schon in den 1930er Jahren publizierte Alexandre Kojève ähnliche Thesen, wobei er sich wiederum von der Geschichtsphilosophie Hegels inspirieren ließ. Das fulminante Echo, das Fukuyama fand, war darauf zurückzuführen, dass die mächtige Sowjetunion gerade dabei war sich aufzulösen und viele glaubten, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus würden sich Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen. Im Sinne des „Neoliberalismus“ waren Regierungskreise in Washington überzeugt, der amerikanische Kapitalismus habe sich weltweit durchgesetzt und könne nunmehr die Politik bestimmen; Staaten würden nur mehr eine untergeordnete Rolle spielen.

Das stellte sich als Irrglaube heraus. Zum „Ende der Geschichte“ ist es nicht gekommen. China nutzte die Globalisierung der Weltwirtschaft zu einem ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung und damit auch zu einer neuen Machtposition. Russland hat sich vom drohenden Zerfall in den 1990er Jahren erholt. Und mit dem islamischen Terror ist weltweit eine neue Gefahr entstanden.

Entscheidend ist nun Folgendes: Praktisch agieren die USA so, als wäre es zum „Ende der Geschichte“ gekommen, als hätte sich die Geschichte erfüllt. Dort, wo das Endziel noch nicht erreicht wurde, ist die amerikanische Politik dennoch darauf ausgerichtet, „die Gesetze der Geschichte“ durchzusetzen. Die ganze Welt soll die Spielregeln des Kapitalismus und die Grundzüge des politischen Systems Amerikas übernehmen. Am „Ende der Geschichte“ sollen nicht-westliche Kulturen in die westliche Kultur integriert werden. Andere Kulturen sollten ihre eigenen Grundsätze zugunsten der westlichen Vorstellungen von Freiheit und Menschenrechten aufgeben.

Auch diese Politik ist nicht neu, hat aber dadurch, dass Washington nunmehr die Demokratien der Welt gegen China und Russland mobilisieren will, einen neuen Auftrieb erhalten. Es geht darum, in einer Welt, die zunehmend multipolar wird, also in der mehrere Machtzentren entstehen, den dominierenden Machtanspruch der USA zu erhalten. Der Lauf der Geschichte soll so angehalten werden, dass die US-Vorherrschaft in der Welt bestehen bleibt. Auch in einer „neuen Weltordnung“ soll die „Pax americana“ das bestimmende Wesenselement sein.

2. Schon Metternich und Karl Marx wollten die Geschichte bestimmen

Nachdem sich mit der Französischen Revolution die Gedanken der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität durchgesetzt hatten, gründete Klemens Wenzel Fürst von Metternich am Wiener Kongress die „Heilige Allianz“, um die Geschichte wenn möglich zurückzudrängen, auf jeden Fall anzuhalten. Henry A. Kissinger bringt dies schon im Titel seiner Habilitations-Schrift „A World restored – Politics of Conservatism in a Revolutionary Age“ zum Ausdruck.³ Der dynastische Gedanke, das Gottesgnadentum als Herrschaftsprinzip, sollte wieder hergestellt werden. Gleich-

zeitig sollte damit die machtpolitische Vorherrschaft des Hauses Österreich in Mitteleuropa sichergestellt werden. Die „Heilige Allianz“ zwischen dem russischen Zaren Alexander I, dem preußischen König Friedrich Wilhelm III und dem österreichischen Kaiser Franz I sollte die wiederhergestellte Ordnung gegen die neuen Strömungen von Demokratie und Liberalismus verteidigen.

Die „internationale Gemeinschaft“ von damals wurde dazu eingesetzt, neue Ideen und neue Machtkonstellationen zu unterdrücken. Damit gelang es Metternich, eine europäische Ordnung zu schaffen, die letztlich ein Jahrhundert lang hielt, sein Name ist aber auch mit dem von ihm geschaffenen System der Unterdrückung verbunden. Während es also heute den USA darum geht, durch Interventionen weltweit Demokratie und Menschenrechte zu verankern, gingen die Ziele der „Heiligen Allianz“ in die entgegengesetzte Richtung. Nach den Revolutionsjahren 1848/49, nach den Freiheitskriegen und nach den furchtbaren Zerstörungen in den beiden Weltkriegen wurde 1953 schließlich durch den Europarat die Europäische Menschenrechtskonvention verabschiedet, die Ideen von Freiheit und Demokratie hatten sich damit in Europa durchgesetzt.⁴

An das „Ende der Geschichte“ durch die Errichtung einer kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft glaubten auch Karl Marx und Wladimir I. Lenin. „Die historische Mission der Arbeiterklasse besteht darin, im Klassenkampf die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und die sozialistische und kommunistische Gesellschaft zu erreichen“, heißt es im 1986 vom Bibliografischen Institut Leipzig herausgegebenen Universallexikon.⁵ Nach der Diktatur des Proletariats sollte die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Aber so interessant der historische Materialismus die Geschichte von der Stammesgesellschaft bis hin zur kapitalistischen Gesellschaft analysiert, die „Gesetze der Geschichte“ sind anders verlaufen. Der Kommunismus war nicht in der Lage, die mit ihm verbundenen Prophezeiungen zu verwirklichen. Dabei haben wohl auch die auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 mit Zustimmung der Sowjetunion verabschiedeten Grund- und Freiheitsrechte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

3. Die weltweite Ordnungsmacht und ihre Herausforderer

Die Vereinigten Staaten von Amerika verstehen sich als weltweite Ordnungsmacht. Konkret heißt das, dass sie die Regeln festlegen, wie die internationalen Beziehungen, Wirtschaft und Finanzen gestaltet werden sollen. Vor allem geht es auch darum, wann und wo Vergehen gegen die Menschlichkeit geahndet werden sollen. Die allgemeine Verbreitung „amerikanischer Werte“ soll sicherstellen, dass auch amerikanische Interessen respektiert werden. So wurden Kriege der USA immer wieder im Namen der Humanität geführt, um mehr Freiheit und Demokratie in die Welt zu bringen; vom Krieg gegen Spanien im April 1898 bis zum Einmarsch im Irak 2003.

Diese „Kreuzzüge“ haben immer auch eine starke innenpolitische Komponente. Millionen von Amerikanern stimmten Theodore Roosevelt zu, als er mit seinen Rough Riders loszog, um Kuba von den Spaniern zu befreien. Und als George W. Bush seine Invasion in den Irak startete, erreichte seine Beliebtheit in der Bevölkerung einen Höhepunkt. Entsprechend verlangen auch führende amerikanische Medien immer wieder, dass „Democracy Promotion“ einen integralen Teil der amerikanischen Außenpolitik bildet.⁶

Dabei ist Washington bemüht, den gesamten Westen gegen jene

² Francis Fukuyama; *The End of History*, in *The National Interest*; Summer 1989

³ Henry A. Kissinger; *A World Restored- The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age*; New York 1964

⁴ Wendelin Ettmayer; *Alte Staaten- neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen*; Linz 2008

⁵ *BI Universallexikon*; Leipzig 1986

⁶ *New York Times*; Feb. 9th 2008 „Promoting Democracy recedes from US-Agenda“

zu mobilisieren, die nicht bereit sind, der amerikanischen Politik bedingungslos zu folgen. Heute sind die Gegner China und Russland. Beide Staaten werden als „revisionistische Mächte“ und als Gefahr für das eigene Land eingestuft. Der alte Thukydides wurde ausgegraben, der vor bald 2500 Jahren in seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ die These aufstellte, dass es zum Krieg kommen muss – wie eben zwischen Athen und Sparta –, wenn eine etablierte Macht durch eine neue, aufstrebende herausgefordert wird.

Zur Durchsetzung dieser Ziele werden von amerikanischer Seite nicht nur die militärische Stärke des Landes und der Primat des Dollars eingesetzt, in den Propaganda-Kriegen und denen der Geheimdienste werden auch Menschenrechte als Waffe eingesetzt. Auch eine eigene Sprache wurde entwickelt: militärische Interventionen der USA heißen „Stability Mission“ und Militärbasen in Polen „forward operating Locations“.⁷

Die Vorwürfe gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin können an Schärfe kaum übertroffen werden. Präsident Biden war nicht der Erste, der ihn als „Killer“ bezeichnete. Schon Bill O'Reilly hat in einem Interview mit Donald Trump auf Fox News diesen Ausdruck verwendet. Das außenpolitische Establishment in Washington nennt ihn immer wieder einen „Gangster“. Und seit der Angliederung der Krim, die Jahrhunderte lang zu Russland gehört hat, an Russland und dem Vorwurf, Putin habe sich in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt, ist die Atmosphäre total vergiftet.

Russland wird vorgeworfen, bei Abrüstungsverträgen zu schwindeln; dass es Internationales Recht bricht; die Prinzipien des Rechtsstaates nicht anerkennt; Menschenrechte und Pressefreiheit beschneidet. Nicht zuletzt sorgen Cyber-Attacken und der Vorwurf, der Kreml verbreitete „Fake News“, für Aufruhr. In zahlreichen westlichen Medien kommen Kreml-Kritiker zu Wort, die das eigene Land als „Mafia-Staat“ bezeichnen. Dissidenten werden vom Westen unterstützt; die Geheimdienste sind voll im Einsatz.

Bei der Heftigkeit dieser Kritik ist es kein Wunder, dass man in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit eine Anti-Russland-Hysterie feststellen kann. Die Unzahl von Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, haben daher auch das Ziel, der gegebenen Stimmung Rechnung zu tragen, um Stimmen zu gewinnen. Zulasten besserer Beziehungen setzt man auf Gewinne im Wahlkreis. Dass die Beziehungen der USA zu Russland heute wesentlich schlechter sind als zur totalitären Sowjetunion, als selbst in der Zeit des Kalten Krieges Interessen gegenseitig anerkannt wurden, ist schwer nachvollziehbar.

Gegen China wird dieselbe Strategie verfolgt wie gegen Russland. Dabei haben die Auseinandersetzungen mit Peking durch die Corona-Pandemie eine neue Dimension erhalten. So sind Artikel erschienen wie „China wants to use the Coronavirus to take over the World“. Die Diskussion um das „China-Virus“ hat schon im letzten Präsidentschaftswahlkampf in den USA eine Rolle gespielt und ist damit ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern geworden. Für Donald Trump standen die wirtschaftlichen Beziehungen mit China im Vordergrund. Das gewaltige Handelsbilanz-Defizit war für ihn Ausdruck dafür, dass Peking mit unfairen Mitteln arbeitet. Massive Wirtschaftssanktionen, vor allem in der Form von Einfuhrzöllen, waren die Antwort.

Die USA zeigen immer wieder den Mangel an Freiheitsrechten in China auf setzen sich für inhaftierte Anwälte und Menschenrechts-Aktivisten ein und verwenden diese Argumente auch als Waffe gegen China. Präsident Biden hat die Argumentation der Trump-Administration übernommen, dass das Vorgehen gegen die

Uiguren einen Völkermord bedeutet. Die Freiheit der Schifffahrt im Südchinesischen Meer wurde eine Fahnenfrage.

Vor allem aber wird China vorgeworfen, dass es die Führung in einer „neuen Weltordnung“ anstrebt. Die Ausdehnung des chinesischen Einflusses in Afrika und Lateinamerika, die Milliarden-Investitionen im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ werden dafür als Beispiel angeführt. Die Anti-China-Propaganda läuft auf Hochtouren. So heißt es etwa in einem Artikel in „Internationale Politik“, Deutschland muss sich stärker engagieren, „um China einzuhegen“. Und „den chinesischen Bedrohungen kann letztlich nur mit militärischen Allianzen begegnet werden“. Denn die „Neue Seidenstraße“ zielt auf den Aufbau eines weltweiten Systems zur Umsetzung der ideologischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei Chinas. Diese Behauptung wird jedenfalls, ohne weitere Beweise, in den Raum gestellt.⁸

Der von Washington initiierte Wirtschaftskrieg sollte dem entgegenwirken. Führende chinesische Konzerne wie Huawei werden mit dem Argument, sie wären eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ vom amerikanischen Markt ausgeschlossen. Die Finanzchefin von Huawei ließ man in Kanada sogar unter einem fadenscheinigen rechtlichen Vorwand verhaften.

Die paradoxe Situation ist nun die: die Anschuldigungen gegen Peking und Moskau werden nicht erhoben, um den dortigen Regimen zu helfen, sondern um sie zu diskreditieren, ja um einen, zumindest Kalten Krieg vorzubereiten. Tatsächlich aber könnten beide Regierungen ihre Legitimation bei der eigenen Bevölkerung verbessern, würden oft sinnlose Einschränkungen der persönlichen Freiheit abgebaut und Kontrollen aufgehoben. In einer Zeit, in der viele junge Chinesen und Russen die Möglichkeit haben, weltweit zu reisen und sich über alte und neue Medien zu informieren, ist es sehr fraglich, wie weit Zensur und Strafrecht einen Zeitgeist bestimmen können. Ähnliches gilt für die Kritik im Wirtschaftsbereich: der Abbau staatlicher Subventionen für die verstaatlichte Wirtschaft könnte deren Effizienz durchaus steigern.

Eine andere, grundsätzliche Frage ist, wie weit Werte, die im Westen entwickelt wurden, tatsächlich weltweite Gültigkeit haben müssen. Samuel Huntington hat das in seinem Buch über den „Kampf der Kulturen“ entschieden verneint.

4. Kommt es zum Kampf der Kulturen?

Ganz im Gegensatz zum „Ende der Geschichte“ hat Samuel P. Huntington in seinem, ebenfalls kurz nach dem Ende des Kalten Krieges veröffentlichten Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ die Zukunft der Welt ganz anders gesehen.⁹ Die künftigen internationalen Auseinandersetzungen würden nicht mehr durch Ideologien geprägt sein sondern durch den Zusammenprall der Kulturen und Zivilisationen. Der Glaube des Westens an die Universalität seiner Kultur und seiner Werte sei grundfalsch, ja sogar unmoralisch und gefährlich. Deswegen, weil europäische Mächte im 19. Jahrhundert weite Teile der Welt beherrschten und die USA die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, kann man nicht verlangen, dass die ganze Welt die westlichen Werte übernimmt.

In einem eigenen Kapitel setzt sich Huntington mit der These vom „Ende der Geschichte“ auseinander und verurteilt diese total. Er bezweifelt, dass sich die USA als größte Weltmacht in der Zukunft auf „Peacemaking“ und „Nation-building“ konzentrieren können, weil insbesondere an den „Bruchlinien“ zwischen den Kulturen Kriege ausbrechen werden. Die Angriffe auf das Wold

⁸ Internationale Politik- Das Magazin für globales Denken; Juli/August 2021; Mangesh Sawant „Raus aus der Beobachterrolle“

⁹ Samuel P. Huntington; The Clash of Civilizations; Simon & Schuster 1997

⁷ New York Times; Feb. 9th 2004 „US seeks Eastern Europe Bases“

Trade Center durch islamische Terroristen erachtete Huntington genauso als Bestätigung seiner Thesen wie die Kriege am Balkan oder zwischen Armenien und Aserbaidschan. Alleine für das Jahr 1993 registrierte er 48 ethnische Kriege.

Bei den Kriegen, die in Zukunft zwischen Kulturen und Zivilisationen geführt werden, hat jede Zivilisation eine Führungsmacht, deren Wesen jeweils sehr stark von einer Religion geprägt wurde. Da der Westen in der Vergangenheit die Welt mit Waffen und nicht mit Werten erobert hat, muss er in der künftigen multipolaren und multikulturellen Welt auch andere Werte gelten lassen. Diese Feststellung ist revolutionär und ketzerisch. Ketzerisch vor allem deshalb, weil die vom Westen proklamierten Menschenrechte heute einen quasi religiösen Status einnehmen. Aber wie weit dürfen Russland, die Kernmacht der orthodoxen Zivilisation, oder China, mit seiner eigenen kulturellen Tradition, bestraft werden, wenn sie der Theorie vom „Ende der Geschichte“ nicht folgen und die Vorherrschaft der USA nicht bedingungslos akzeptieren.

Tatsächlich ist die politische Geschichte Russlands 1000 Jahre lang anders verlaufen als jene Westeuropas. Im Mittelalter, als im Westen bereits wesentliche Rechtsinstitutionen herausgebildet wurden, lebten die Russen unter dem Joch der Mongolen. Später gab es weder Aufklärung noch Demokratie, es kamen nie zu einer Gewaltenteilung und ein Machtwechsel war in allen Systemen ein Problem. Die Kommunistische Partei Chinas wiederum hat in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Lehren von Konfuzius verwiesen, darauf, Autorität zu achten und für die Gemeinschaft tätig zu sein.

So sehr die Herausbildung eines Mittelstandes in Russland und China das kritische Bewusstsein der Menschen fördern kann, ist es wohl eine Illusion zu glauben, mit der Mitgliedschaft in der Welt-Handelsorganisation (WTO) würde ein Land seine ganze Geschichte über Bord werfen.

5. Darf Europa eigene Interessen haben?

Wie soll sich Europa nun verhalten, wenn die USA dabei sind, die Welt alleine nach ihren Interessen neu einzurichten? Auch Huntington führt aus, dass das vom westlichen Christentum geprägte Europa und Amerika eine Wertegemeinschaft bilden. Allerdings kann man feststellen, dass selbst diese Grundwerte sehr unterschiedlich interpretiert werden: für die USA ist ein Krieg nach wie vor ein integraler Teil ihrer Außenpolitik; Kriege zwischen Mitgliedern der Europäischen Union hingegen sind denkunmöglich geworden. Für die Europäer wurde der Wohlfahrtsstaat der Rahmen für ihr politisches Handeln; viele Amerikaner lehnen den Wohlfahrtsstaat als „dekadent“ und „sozialistisch“ ab.

Grundsätzlich war Außenpolitik jahrhundertlang Realpolitik, auf Macht und Interessen ausgerichtet. Der Zweck heiligte die Mittel. Das calvinistische Denken stellte aber schon sehr bald einen Einklang zwischen dem, was der liebe Gott wollte, und den eigenen Interessen fest. So kämpften die Engländer immer wieder „for the Liberty of Europe“, die Amerikaner für Demokratie und Freiheit in der Welt.

Heute wird China von den USA künstlich als „größte Gefahr“ heraufbeschworen, um Partner für seine Eindämmungspolitik zu finden. China wiederum sieht in der von den USA angeführten Wertediskussion den Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Zweifellos ist China heute sehr bemüht, möglichst viele seiner Produkte in die ganze Welt zu exportieren. Die marxistisch- maoistische Doktrin der Kommunistischen Partei Chinas dient jedoch dem Machterhalt, nicht dem Export chinesischer Werte oder des chinesischen politischen Systems. China ist heute ein staatskapitalistisches Land, in dem der Markt

vorherrscht und wo eine Partei ein Machtmonopol besitzt. China will gute Geschäfte machen, nicht ideologisch die Welt erobern. Es will als Wirtschaftsmacht mit den USA gleichziehen, nicht die Welt missionieren.

2020 hat China erstmals die USA als wichtigster Handelspartner der EU überholt. So betrug das Handelsvolumen der EU mit China € 586 Milliarden; das mit der USA € 555 Milliarden. Solange es den Menschen in China immer besser geht, wird es wohl kein größeres Aufbegehren der Bevölkerung geben. Irgendwann werden die Menschen wohl eine stärkere politische Mitsprache verlangen, aber diese Entwicklung kann durch Kooperation besser gefördert werden als durch ständige Konfrontation.

Die Europäische Union bezieht 26 % ihres importierten Öls und 40 % des importierten Gases aus Russland. Das ist keine einseitige Abhängigkeit sondern die Grundlage für eine Zusammenarbeit, die auch den Kalten Krieg gut überstanden hat. Wenn die USA heute mit allen Mitteln darauf drängen, Nord Stream 2 zu verhindern, um den Import von teurem amerikanischen Flüssiggas zu erhöhen, geschieht das nicht, um die europäische Sicherheit zu fördern. Washington erhöht dadurch die Uneinigkeit innerhalb der EU und will einen Keil zwischen Russland und dem übrigen Europa treiben. Russland ist Mitglied des Europarates, hat die Konventionen der Organisation unterzeichnet und soll an den Richtlinien dieser Institution gemessen werden.

Die USA werden ihre Politik weiter darauf ausrichten, „die Geschichte anzuhalten“. Die entscheidende Frage ist, ob die USA dabei Verbündete mit eigenen Vorstellungen akzeptiert oder nur Vasallen? Thukydides hat auch in diesem Zusammenhang eine Theorie entwickelt: eine Großmacht muss immer die eigenen Interessen durchsetzen und anerkennt keine gleichberechtigten Partner. Als sich die Bewohner der Insel Melos weigerten, Athen im Kampf gegen Sparta zu unterstützen, sandten die Athener eine Strafexpedition, die Insel wurde verwüstet.

Die europäischen Staaten haben heute im Rahmen des Europarates und innerhalb der Europäischen Union zahlreiche und effiziente Gremien, die darauf achten, dass die politischen Entscheidungen der Mitglieder auf den Grundlagen der Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit getroffen werden. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Rechtslage könnten die USA nicht Mitglied des Europarates werden. Selbst intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Russland oder China können die Funktionsweise der europäischen Institutionen nicht beeinflussen. Die Europäer sind daher gut beraten, auch ihre Außenpolitik selber zu gestalten. 

Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat. www.wendelinettmayer.at

E-mail: wendelin.ettmayer@gmail.com